
Beginn: 18:44 Uhr

Ende: 21:20 Uhr

Tagungsort:

Zweckverband Bauhof TKS, Hamburger Straße 21, 14532
Stahnsdorf, Besprechungsraum EG

Die Bestätigung dieser Niederschrift erfolgt in der darauffolgenden Sitzung dieses Gremiums. Bitte beachten Sie deshalb die zugehörige Niederschrift.

Öffentlicher Teil

TOP 1 Gemeinsames

TOP 1.1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Die Vorsitzende und Sitzungsleiterin des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten der Gemeinde Stahnsdorf, Frau Dr. Schmidt-Faber, eröffnet um 18:44 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten Nr. ARA/005/2023.

Die Sitzungsleiterin begrüßt Frau Rennebarth, Geschäftsführerin Zweckverband Bauhof TKS und alle anderen Anwesenden.

Die Sitzungsleiterin stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

TOP 1.2 Bestätigung der öffentlichen Tagesordnung

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Frau Rietz, Stadt Teltow, spricht den Tagesordnungspunkt 2.4.1 – Jahresbericht des Regionalkoordinators – an und teilt mit, dass sich Herr Krause im Urlaub befinden würde. Nach der Geschäftsordnung der Stadt Teltow solle zukünftig die Tagesordnung mit dem Hauptverwaltungsbeamten abgestimmt werden. Sie stellt den Antrag auf Streichung des Tagesordnungspunktes von der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zum Antrag auf Streichung des Tagesordnungspunktes 2.4.1:

Deutliche Mehrheit

Die Tagesordnung wurde mit der Änderung bestätigt.

Der Tagesordnungspunkt 2.4.1 wird von der Tagesordnung gestrichen.

TOP 1.3 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Herr Kasdorf, Vorsitzender des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten der Stadt Teltow, stellt die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 Mitgliedern fest.

Entschuldigt fehlt Herr Krumeich, vertreten durch Herrn Witzig.

Entschuldigt fehlt Herr Krause – Regionalkoordinator.

Entschuldigt fehlt Herr Schmidt – Bürgermeister.

Herr Liebreuz, Vorsitzender des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten der Gemeinde Kleinmachnow, stellt mit 3 von 7 Mitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

Entschuldigt fehlt Frau Liebreuz.

Entschuldigt fehlt Herr Grubert – Bürgermeister.

Frau Dr. Schmidt-Faber, Vorsitzende des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten der Gemeinde Stahnsdorf, stellt die Beschlussfähigkeit mit 6 von 9 Mitgliedern fest.

Entschuldigt fehlt Herr Arnold.

Entschuldigt fehlt Herr Däumer.

Entschuldigt fehlt Herr Schultka, vertreten durch Frau Kellner.

Entschuldigt fehlt Herr Schweda, vertreten durch Frau Schröder-Blohm.

Entschuldigt fehlt Herr Albers – Bürgermeister.

TOP 1.4 Entscheidung gemäß § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 18.09.2023

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Einwendungen gegen die Niederschrift sind nicht zu erkennen.

Herr Kasdorf, Stadt Teltow, lässt über die Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis zur Niederschrift vom 18.09.2023 aus der Stadt Teltow:

Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
einstimmig angenommen

Herr Liebreuz, Gemeinde Kleinmachnow, lässt über die Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis zur Niederschrift vom 18.09.2023 aus der Gemeinde Kleinmachnow:

Ja-Stimmen: 3 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
einstimmig angenommen

Frau Dr. Schmidt-Faber, Gemeinde Stahnsdorf, lässt über die Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis zur Niederschrift vom 18.09.2023 aus der Gemeinde Stahnsdorf:

Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
einstimmig angenommen

**TOP 1.5 Anregungen der Einwohner zu den Tagesordnungspunkten -
Einwohnerfragestunde**

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Es liegen keine Einwohneranfragen vor.

TOP 1.6 Information des Vorstandes ARA

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf und berichtet, dass es eine Onlinebesprechung gegeben habe. Da bereits festgestanden habe, dass die Sitzung in den Räumen des Zweckverbandes Bauhof TKS stattfinden würde, sei die Tagesordnung darauf abgestimmt worden.

Die Sitzungsleiterin merkt an, dass es gut gewesen sei, in diesem Jahr viele Regionalprojekte besucht zu haben. Dies solle in einer Legislaturperiode mindestens einmal durchgeführt werden. Die Termine sollten in Verbindung mit den Sitzungen erfolgen, da Extratermine keine hohe Resonanz gezeigt hätten.

Frau Schröder-Blohm, Gemeinde Stahnsdorf, meint, dass gemeinschaftliche Projekte auch gemeinschaftlich besucht werden sollten.

Herr Rüter, Stadt Teltow, ist der Auffassung, dass nicht nur die Regionalprojekte vor Ort besichtigt, sondern auch die Wirtschaftszahlen betrachtet werden sollten. Die Gespräche mit den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern seien wichtig. Gerade bei dem Regionalprojekt Bauhof TKS könne es interessant sein, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzuhören. Er würde es als Wertschätzung sehen.

Die Sitzungsleiterin nimmt mit, dass die neuen Mitglieder des Regionalausschusses die Regionalprojekte anschauen sollten. Sie schlägt vor, dass sich in der letzten Sitzung des Regionalausschusses überlegt werde, wo die Reise hingehen sollte. Das Ergebnis der Überlegung solle im Protokoll, als Fahrplan für die neuen Mitglieder, festgehalten werden.

Herr Rüter, Stadt Teltow, merkt an, dass ein Resümee gezogen werden könne, aber mit Blick in die Zukunft keine Vorschriften gemacht werden sollten.

TOP 1.7 Regionalprojekte

TOP 1.7.1 Bauhof TKS - Wirtschaftsplan 2024

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf und gibt das Wort an Frau Rennebarth, Geschäftsführerin Zweckverband Bauhof TKS.

Frau Rennebarth stellt sich kurz vor und beginnt mit ihrem Bericht. Der Wirtschaftsplan für das kommende Jahr sei letzte Woche beschlossen worden. Damit werde auch ein kleines Resümee des vergangenen Jahres gezogen. Der Bau, begonnen im vergangenen Jahr, habe den Bauhof beschäftigt. Der Einzug sei im Mai 2023 geplant gewesen, dann sei gehofft worden, vor den Sommerferien einziehen zu können und nun sei heute der Einzug erfolgt. Einige Grundstücke würden nun an die jeweiligen Eigentümer zurückfallen, oft seien es die Gemeinden. Die Bauten hätten, resultierend aus den steigenden Baukosten in den letzten Jahren, mehr gekostet. Herr Brinkmann, ebenfalls Geschäftsführer des Zweckverbandes Bauhof TKS habe ein gutes Händchen dafür bewiesen, die Preise im Rahmen zu halten. Die 15,2 Millionen EUR von den Kommunen und den KfW-Mitteln, die momentan noch nicht ausgezahlt seien, seien ausreichend gewesen und weitere Kreditaufnahmen seien nicht notwendig gewesen. Gehofft werde, dass der Rest aus den laufenden Geschäftstätigkeiten bezahlt werden könne. Die Dächer müssten alle noch begrünt werden, aber in diesem Jahr sei die Ausschreibung enorm teuer gewesen. Somit werde die Dachbegrünung im Frühjahr nächsten Jahres starten. Über eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach werde nachgedacht, allerdings solle diese nicht selbst betrieben werden. Ein Betreiber solle gesucht werden, der die Flächen nutzt und eine Pacht zahlen werde. Die Mitglieder der Verbandsversammlung würden sich um einen guten Anbieter kümmern. In diesem Jahr habe es einen Ansatz von 5,6 Millionen EUR als Umsatzerlöse gegeben. Im kommenden Jahr werde von knapp sechs Millionen EUR ausgegangen. Zum einen, weil mehr Geld für die gestiegenen Preise benötigt werde und zum anderen die Mitarbeiterkosten, die mit dem abgeschlossenen Tarifvertrag steigen würden. Die Übernahme der Straßenbeleuchtung würde mehr Einnahmen produzieren, da es diese Aufträge vorher nicht gegeben habe. Daher knapp 400.000 EUR mehr, die hoffentlich eingenommen werden können. Mit Sparmaßnahmen werde beim Materialaufwand gerechnet. Beim Personalaufwand werde mit ungefähr 270.000 EUR mehr, von 3,87 Millionen EUR auf 4,13 Millionen EUR, gerechnet. Ein großer Teil sei der TVöD. Aber es gebe auch Stufenaufstiege und bei einigen Mitarbeitern sei absehbar, dass durch Weiterbildung / Weiterentwicklung eine Entgeltgruppenänderung erfolgen werde. Bei Neueinstellungen könne meist nicht mit einer Entgeltstufe 2 rangegangen werden, da die Berufsjahre anerkannt werden müssten. Es werde davon ausgegangen, dass beim Personal alles deutlich teurer werden würde. Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit würden auch die Abschreibungen reinspielen. Es werde mit einem Negativergebnis in Höhe von 421.000 EUR gerechnet.

Frau Rennebarth teilt mit, was in den kommenden Jahren investiert werden solle. Jedes Jahr müsse reinvestiert werden, um den Fuhrpark und die Technik erhalten zu können. Bei der Dachbegrünung werde versucht, diese aus der laufenden Geschäftstätigkeit zu finanzieren. Baubetreuung müsse finanziert werden und Bepflanzungen müssen durchgeführt werden. Allein für die Pflanzen seien 45.000 EUR eingeplant. Weitere Technik werde benötigt. Ein Teleradlader werde angeschafft, dafür würden zwei normale Radlader abgeschafft. Ein Elektrotransporter solle angeschafft werden, dieser solle ein altes Dieselfahrzeug ersetzen. Ein weiterer Rasenmäher in Höhe von 40.000 EUR solle angeschafft werden. Sechs Rasenmäher seien dauerhaft in Betrieb. Ein weiterer Avant, Multifunktionsfahrzeug, werde gebraucht und dazu noch Anbaugeräte. Ausrüstung für die Schlosserei und für die Elektrowerkstatt werde benötigt und auch die Büroausstattung müsse ergänzt werden. Das Gesamtinvestitionsvolumen für das Jahr 2024 liege bei 714.000 EUR. Diese Summe werde in den nächsten Jahren abgezahlt.

Herr Kasdorf, Stadt Teltow, fragt nach der Größenordnung der KfW-Mittel.

Frau Rennebarth antwortet, dass es um knapp 900.000 EUR gehen werde. Die Anträge seien gestellt worden, aber es würden noch einige Unterlagen fehlen.

Herr Suchardt, Stadt Teltow, fragt nach den Kosten für den Rasenmäher.

Frau Rennebarth antwortet, dass es sich um einen Aufsitzmäher handle und 40.000 EUR kosten werde. Sechs Aufsitzmäher seien bereits in Benutzung und hätten sich bewährt.

Herr Steinacker, Gemeinde Kleinmachnow, merkt an, dass es eine großartige Leistung sei, bei den ganzen Verzögerungen die 15,2 Millionen EUR halten zu können.

Frau Rennebarth erklärte, dieses Lob an Herrn Brinkmann weiterzugeben.

Herr Steinacker, Gemeinde Kleinmachnow, fragt, welche bilanziellen Auswirkungen die Abschreibungen haben werden und ob die Auswirkungen kritisch sein würden.

Frau Rennebarth antwortet, dass es bilanziell ein Verlust sei. Die Ausschreibungen würden in den nächsten 20 Jahren erfolgen.

Frau Dr. Schmidt-Faber, Gemeinde Stahnsdorf, spricht den Einsatz der Laubbläser an.

Frau Rennebarth teilt mit, dass nach dem ersten Frost das Laub fallen werde. Die Igel seien dann bereits verkrochen. Die Laubhaufen erst im Frühjahr zu beseitigen, sei personell nicht zu stemmen.

Frau Dr. Schmidt-Faber, Gemeinde Stahnsdorf, fragt, wie der Bauhof mit dem Igelproblem umgehen würde.

Frau Rennebarth berichtet, dass das Laub auf die Mittelrabatte geharkt werde, aber nicht als Laubhaufen. Straßenweise werde das Laub in einem Zug weggenommen. Ausgesprochen selten würden Igel an der Straße zu finden sein. Falls trotzdem mal ein Igel gefunden werde, so haben die Mitarbeiter in den Autos eine Telefonnummer, um Meldung zu machen und der Igel könne in die Station mit aufgenommen werden. Bei Laubhaufen, die aufgesaugt werden, würde ein Mitarbeiter mit der Harke in den Saugrüssel harken und somit würde ein Igel bemerkt werden. Beim Freiblasen von Laub, würde der Igel sichtbar werden.

Frau Dr. Schmidt-Faber, Gemeinde Stahnsdorf, meint, dass im privaten Bereich die Laubbläser nicht verboten werden könnten, jedoch im öffentlichen Raum sollten Alternativen gefunden werden.

Frau Rennebarth merkt an, dass auch im öffentlichen Raum Laubbläser benutzt werden würden, da der Arbeitsaufwand mit dem Personal nicht zu realisieren sei. Ein Mitarbeiter dürfe nicht acht Stunden am Tag harken und auch die Effizienz sei nicht vergleichbar. Die Laubbläser werden zum größten Teil mit Akkus betrieben.

Frau Rennebarth werde den Wirtschaftsplan zur Verfügung stellen (**Anlage 1**).

TOP 1.7.2 Bauhof TKS - Kostenaufstellung

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Frau Rennebarth führt zur Kostenaufstellung aus. Da die Bauabnahme noch nicht durch sei und auch die Schlussrechnungen noch nicht vorliegen würden, könnten noch keine konkreten Zahlen geliefert werden. Von folgenden Zahlen werde ausgegangen: 15,2 Millionen EUR von den Kommunen, knapp 900.000 EUR aus den KfW-Mitteln und 250.000 EUR, die der Bauhof für die Dachbegrünung selbst tragen werde. Der Eigenleistungsanteil, der in keiner Rechnung auftauche, werde so bei knapp 600.000 EUR liegen. Die Pflasterung auf den Parkplätzen sei von den Mitarbeitern durchgeführt worden, Erdbewegung und Pflanzungen seien von den Mitarbeitern durchgeführt worden. Immer wenn Kleinigkeiten schnell erledigt werden mussten, seien die Mitarbeiter mit ihrer Fachkenntnis zur Stelle gewesen.

Die Sitzungsleiterin bedankt sich für die Ausführungen bei Frau Rennebarth.

TOP 2 Beratung der Beschlussvorlagen

TOP 2.1 Beschlussvorlagen der Gemeinde Kleinmachnow

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Es liegen keine Beschlussvorlagen aus der Gemeinde Kleinmachnow vor.

TOP 2.2 Beschlussvorlagen der Stadt Teltow

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

TOP 2.3 Beschlussvorlagen der Gemeinde Stahnsdorf

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Es liegen keine Beschlussvorlagen aus der Gemeinde Stahnsdorf vor.

TOP 2.4 Themen zur Information

TOP 2.4.1 Information der Gemeinde Kleinmachnow: Kommunale Verpackungssteuersatzung - DS-Nr. 076/23

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Herr Liebreuz, Gemeinde Kleinmachnow, führt zum Sachverhalt aus. Die Maßnahme werde 2025 in Kraft treten. Bis dahin müsse sich die Verwaltung auf das ganze Thema vorbereiten. Es werde zum Ablauf Abstimmungsbedarf geben. Das Thema über alle drei Kommunen zu behandeln, würde deutlich effektiver sein. Eventuell könnten sich die Stadt Teltow und die Gemeinde Stahnsdorf mit dieser Beschlussvorlage auseinandersetzen und einen gleichlautenden Beschluss fassen. Die klassischen Einwegverpackungen und nicht wiederverwendbares Geschirr und Besteck könnten mit einer Verpackungssteuer belegt werden, um das Aufkommen von Plastikverpackungen zu minimieren. Mit Hilfe einer Satzung, solle alles in Regeln gefasst werden.

Herr Suchardt, Stadt Teltow, meint, dass die Steuer für die ersten beiden Produkte verständlich sei, jedoch würde er wissen wollen, wie die Kontrolle des Einwegbestecks umgesetzt werden solle.

Herr Liebreuz, Gemeinde Kleinmachnow, antwortet, dass die Anzahl der Bestecke beim Kauf sichtbar werde, beispielsweise 1000 Gabeln in der Metro gekauft. Das sind Details, die die Verwaltung noch ausarbeiten müsse, um die Erfassung durchführen zu können.

Frau Richel, Gemeinde Kleinmachnow, merkt an, dass in der Gemeindevertretung kontrovers darüber diskutiert worden sei und sie die Beschlussvorlage abgelehnt habe. Grund dafür sei die Lage der Unternehmen, denn die würden mit einer zusätzlichen Steuer belastet werden. Auch sei es ein immenser Verwaltungsaufwand.

Herr Steinacker, Gemeinde Kleinmachnow, verweist auf die Website der Stadt Tübingen. Aus seiner Sicht solle im Jahr 2025 in TKS damit angefangen werden.

Herr Liebreuz, Gemeinde Kleinmachnow, teilt mit, dass die Umsetzung im Jahr 2025 gestartet werden solle und bis dahin müsse die Verwaltung die entsprechende Satzung in Regeln gießen.

Die Sitzungsleiterin regt an, dass sich die zwei anderen Kommunen diese Satzung anschauen und Überlegungen treffen sollten.

Herr Behling, Stadt Teltow, fragt nach dem Kostengewinn.

Herr Liebreuz, Gemeinde Kleinmachnow, antwortet, dass es nicht darum gehe, einen Mehrgewinn für die Gemeinde zu erzeugen. Es gehe um die Steuerungswirkung. Eine konkrete Zahl stehe nicht im Vordergrund.

Herr Suchardt, Stadt Teltow, regt an, zukünftig kommunenübergreifend über solche Themen zu sprechen, dafür sei der Regionalausschuss da, um Alleingänge zu vermeiden.

Herr Kasdorf, Stadt Teltow, meint, dass die Erfahrung gezeigt habe, dass es immer besser gewesen sei, über einen von der Kommune eingebrachten Beschlussantrag im Regionalausschuss zu informieren. Die anderen Kommunen könnten dann darüber nachdenken, eine gleichlautende Beschlussvorlage einzubringen. Unkompliziert sei es bei Themen, bei denen alle drei Kommunen Finanzierer seien.

Herr Suchardt, Stadt Teltow, merkt an, dass es zeitlich gepasst hätte, den Regionalausschuss in die Beratungsfolge mit aufzunehmen. Der Regionalausschuss sollte mit eingebunden werden, sonst würde der Ausschuss kein Fachausschuss, sondern ein Informationsausschuss sein.

Herr Rüter stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag: Deutliche Mehrheit.

Herr Grunwaldt, Gemeinde Stahnsdorf, äußert sich zur Verfahrensweise. Nach dem Abstimmen des Geschäftsordnungsantrages auf Ende der Debatte, werde die Rednerliste noch abgearbeitet.

Frau Rietz, Stadt Teltow, merkt an, dass es in der Stadt Teltow anders sei und sie ihren Redebeitrag zurückziehe.

Herr Otto, Gemeinde Stahnsdorf, teilt mit, dass auch er seinen Redebeitrag zurückziehe.

Die Sitzungsleiterin berichtet, dass sie das Thema auf ihre Liste aufnehmen werde und schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 2.4.2 Kommunale Wärmeplanung, Sachstandsbericht der Bürgermeister

Die Sitzungsleiterin eröffnet den TOP und erinnert, dass sich die drei Bürgermeister zu diesem Thema treffen wollten.

Frau Rietz, Stadt Teltow, berichtet, dass in der Stadtverordnetenversammlung ein Beschluss gefasst worden sei, siehe nächster Tagesordnungspunkt. Sie berichtet, dass die Stadt Teltow gemeinsam mit der Gemeinde Kleinmachnow diese kommunale Wärmeplanung auf den Weg bringen wollen. Morgen werde sie gemeinsam mit dem Kleinmachnower Bürgermeister den Fördermittelantrag unterzeichnen, so dass der Fördermittelantrag noch in dieser Woche abgeschickt werden könne. Es handele sich um eine neunzigprozentige Förderung und Anträge könnten noch gestellt werden. In der Stadt Teltow werde sich eine Arbeitsgruppe fachbereichsübergreifend dazu im Dezember konstituieren. Die Fernwärme Teltow sei bereits separat auch schon tätig. Es müsse schnell ein gutes Büro gefunden werden. Ohne einen vorzeitigen Maßnahmebeginn bewilligt bekommen zu haben, könne nicht mal mit einer Ausschreibung begonnen werden.

Herr Otto, Gemeinde Stahnsdorf, fragt, warum der Fördermittelantrag nur zu zweit und nicht zu dritt gestellt werde.

Frau Rietz, Stadt Teltow, antwortet, dass sie persönlich bei den Gesprächen nicht dabei gewesen sei und regt an, dass beim nächsten Regionalausschuss einer der beiden Bürgermeister befragt werden sollte.

Herr Otto, Gemeinde Stahnsdorf, merkt an, dass es ein Windhundrennen bei der Fördermittelvergabe geben werde und das Handeln der beiden Bürgermeister richtig sei.

Frau Uhlmann, Verwaltung der Gemeinde Stahnsdorf, teilt mit, dass die Gemeinde Stahnsdorf sehr früh mit dem Fördermittelantrag begonnen hat. Dieses Fördermittelprogramm gibt es schon sehr lange. Die Gemeinde Stahnsdorf ist sehr wohl interessiert, deshalb hat der Stahnsdorfer Klimaschutzmanager die Ausschüsse der anderen Kommunen besucht.

Die Sitzungsleiterin fasst die Informationen wie folgt zusammen. Die Gemeinde Kleinmachnow und die Stadt Teltow würden einen gemeinsamen Fördermittelantrag stellen. Die Gemeinde Stahnsdorf habe bereits einen Fördermittelantrag gestellt.

Frau Rietz, Stadt Teltow, bezieht sich auf die Anfrage von Herrn Otto und meint, dass die Frage auch in die andere Richtung gestellt werden könne, nämlich warum die Gemeinde Stahnsdorf, die den Fördermittelantrag vor langer Zeit bereits gestellt habe, nicht die Gemeinde Kleinmachnow und die Stadt Teltow gefragt habe.

Frau Uhlmann, Gemeinde Stahnsdorf, merkt an, dass der Stahnsdorfer Bürgermeister in der letzten Sitzung des Regionalausschusses den Hinweis auf Fördermittelbeantragung gegeben hat. Auf keinen Fall soll ein Fördermittelantrag zurückgezogen werden.

Herr Suchardt, Stadt Teltow, schlägt vor, dass der Regionalausschuss eine Empfehlung an die drei Bürgermeister aussprechen solle, um die Sachstände mitzuteilen. Alles andere würde nur zu Spekulationen führen und vor Ende diesen Jahres sei keine Änderung möglich.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich Herr Otto, Frau Richel, Frau Rietz, Herr Liebrecht, Herr Steinacker und Frau Uhlmann.

Die Sitzungsleiterin teilt mit, dass die kommunale Wärmeplanung wieder auf die nächste Tagesordnung genommen werde.

Herr Suchardt, Stadt Teltow, schlägt vor, dass die Bürgermeister eine Stellungnahme abgeben könnten, um im Regionalausschuss eine Grundlage zur Beratung zu schaffen.

Frau Uhlmann, Gemeinde Stahnsdorf, ist der Meinung, dass ein Abstellen auf die Planung sinnvoller ist, als die Frage, wann ein Fördermittelantrag beantragt worden ist. Wenn die kommunale Wärmeplanung gesetzlich vorgegeben ist, dann ist es unabhängig vom Fördermittelantrag, durchzuführen. Der Fördermittelantrag ist ja nur ein Instrument zur Finanzierung.

Die Sitzungsleiterin schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 2.4.3 Verbundprojekt kommunale Wärmeplanung - DS-150/2023

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf und merkt an, dass dieser Tagesordnungspunkt, durch die Aussprache im vorhergehenden Tagesordnungspunkt, nicht mehr behandelt werden müsse.

TOP 2.4.4 Antrag LKW-Führungskonzept

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Herr Kasdorf, Stadt Teltow, berichtet, dass diese und auch die folgende Beschlussvorlage in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden sei. Der Antrag zum LKW-Führungskonzept habe einen Ursprung im Ortsteil Ruhlsdorf gehabt. Dieser Beschluss sei jedoch wesentlich verändert worden. Der Beschluss sei jetzt auf die ganze Stadt Teltow ausgeweitet worden. Da die Stadt Teltow zur Zeit keine größere Baustelle habe, sei der Zeitpunkt sehr günstig, um die Daten für ein Konzept ermitteln zu können. Ein anderer Hintergrund sei, dass die Zehlendorfer Brücke in der Altstadt irgendwann erneuert werde. Die jetzt ermittelten Zahlen sollten für ein gesamtes Verkehrskonzept genutzt werden. Es werde sich um einen relativ langen Zeitraum handeln, bis die Daten vorliegen würden. Sinnvoll sei es, wenn auch die Gemeinden Kleinmachnow und Stahnsdorf Daten erfassen würden, denn die Region könne nur als Gesamtes begriffen werden.

Herr Grunwaldt, Gemeinde Stahnsdorf, erinnert an ein Verkehrskonzept aus dem Jahr 2010. Die in dem Konzept aufgeführten Straßen seien fertiggestellt und da würde ein Abgleich auf die prognostizierten Zahlen Sinn machen.

Herr Kasdorf, Stadt Teltow, meint, dass in der Ausschreibung ein Büro beauftragt werde, welches diese Daten sammeln werde. Da sei es sinnvoll, nicht drei Büros zur Datensammlung zu beauftragen. Es solle zeitnah in die ähnliche Richtung gedacht werden.

Frau Rietz, Stadt Teltow, teilt mit, dass der Beschlussantrag im Stadtbaurat Steglitz-Zehlendorf besprochen worden sei. Der Stadtbaurat sei sehr interessiert gewesen. Die Knesebeckbrücke werde definitiv auf zirka 15 Meter neu gebaut. Das Land Berlin habe sein Änderungsbegehren auf 18 Meter zurückgenommen. Dazu werde es eine Zusammenarbeit geben. Interessant sei noch, dass die Stadt Teltow zusammen mit Steglitz-Zehlendorf bei der Verkehrslenkung Berlin einen Termin wahrnehmen werden, um über die Ampelschaltung Teltower Damm / Ecke Beeskowallee zu sprechen.

Frau Lieb, Gemeinde Stahnsdorf, merkt den hohen LKW-Verkehr auf der Schleusenbrücke an.

Die Sitzungsleiterin teilt mit, dass es eine Verkehrszählung gegeben habe und der Kleinmachnower Bürgermeister darüber berichten wollte.

Herr Rüter, Stadt Teltow, meint, dass die Bürgermeister/Verwaltungen der Gemeinden nicht ermächtigt seien, Schilder aufzustellen oder Durchfahrtsverbote für LKWs zu erlassen. Es gebe wohl gerade den Versuch einer Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und danach die Straßenverkehrsordnung so verändert werde. Dafür seien zwei Kommunen hier am Tisch Mitglied dieser Initiative geworden, für mehr eigenständige Möglichkeiten und eigenständige Verordnung.

Die Sitzungsleiterin teilt mit, dass auch das Thema Verkehr weiterhin auf die Tagesordnung genommen werde.

Frau Richel, Gemeinde Kleinmachnow, fragt nach den Bäumen auf der Potsdamer Allee.

Frau Uhlmann, Gemeinde Stahnsdorf, antwortet, dass die Pflanzungen dort noch nicht abgeschlossen sind.

Herr Grunwaldt, Gemeinde Stahnsdorf, ergänzt, dass auf den Mittelinseln keine Bäume gepflanzt werden, aber an den Straßenrändern.

Herr Grunwaldt, Gemeinde Stahnsdorf, bezieht sich auf die verkehrlichen Zuständigkeiten und fragt, wie auf den Bundesrat oder auf die Landesregierung eingewirkt werden könne, wenn sich innerhalb der drei Kommunen nicht dazu durchgerungen werden könne, weitere Maßnahmen und Rechte haben zu wollen.

Die Sitzungsleiterin schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 2.4.5 Satzung über das Verbot von Schottergärten der Stadt Teltow (Schottergärtenverbotssatzung) - DS-110/2023

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Herr Kasdorf, Stadt Teltow, informiert über den Sachverhalt.

Herr Grunwaldt, Gemeinde Stahnsdorf, teilt mit, dass die Gemeinde Stahnsdorf in ihrer letzten Gemeindevertreterversammlung eine Schottergartensatzung beschlossen habe.

Herr Steinacker, Gemeinde Kleinmachnow, merkt an, dass er die Bürgeranmerkungen interessant gefunden habe. Dort seien die Kunstrasenanlagen angesprochen worden.

Herr Rüter, Stadt Teltow, antwortet, dass er einen Bürgerbrief in dieser Richtung beantwortet habe. Die Bauordnung sei geändert worden, aber im Gesetzestext ginge es nie darum, dass die Ansicht von Steinen auf Grundstücken verboten werde, sondern, dass das Versiegeln auf Grundstücken verboten werde. Versiegelung würde bedeuten, dass der Regen sich Wege suchen müsse und nicht einfach durchdringen könne und da würde die Brandenburgische Bauordnung gelten. Egal sei dann, ob es sich um Steine, Folien oder Plaste-Kunstrasen handele. Bei Sportstätten gebe es natürlich Ausnahmen.

Herr Liebrecht, Gemeinde Kleinmachnow, berichtet, dass es in Teilen der Gemeindevertretung in der Diskussion sei, ähnlicher Weise die Schottergartensatzung zu übernehmen. Allerdings sei aus seiner Sicht die Regelung in der Stadt Teltow schwierig zu lesen. Beispiele aus anderen Gemeinden seien schlanker formuliert worden.

Frau Richel, Gemeinde Kleinmachnow, meint, dass in der Gemeinde Kleinmachnow keine wilden Schottergärten gemacht werden.

Frau Rietz, Stadt Teltow, bezieht sich auf den § 87 der Brandenburgischen Bauordnung. Dort stehe, dass die Gemeinden örtliche Bauvorschriften erlassen können und da gehöre auch das Verbot von Schottergärten dazu.

Die Sitzungsleiterin schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 2.4.6 Wassermanagement - Vergleich 2022/2023

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf und merkt an, dass dies in Verbindung mit dem Bauhof gedacht gewesen sei. Die Gemeinde Stahnsdorf habe dazu ihre Zahlen preisgegeben. Sinnvoll sei hier ein Vergleich und eine Stellungnahme des Bauhofes. Das Wasserthema solle weiter verfolgt werden und kommt auf die nächste Tagesordnung.

Herr Otto, Gemeinde Stahnsdorf, berichtet, dass sich dem Thema Wasser auf Kreisebene gewidmet werde, auch mit mehreren Stahnsdorfer Bürgern. Jährlich gehe das Wasser im Güterfelder Haussee verloren. Eine der größten und modernsten Kläranlage in Ostdeutschland sei geplant. Ziel im Rahmen des Wassermanagements solle es sein, dass das geklärte Wasser in der Region bleiben werde. Das Thema Wassermanagement müsse größer gedacht werden.

Frau Rietz, Stadt Teltow, schlägt vor, dass das Landesamt für Umwelt eingeladen werden könnte, denn das Landesamt sei der richtige Ansprechpartner. Es müsse ein Monitoring geben, sich ein Überblick verschafft werden, um sensibilisieren zu können.

Frau Lieb, Gemeinde Stahnsdorf, erinnert an die alten Wehre, beispielsweise in Ahrensdorf und Nudow. Früher sei es üblich gewesen, das Wasser im Land zu behalten.

Herr Liebreiz, Gemeinde Kleinmachnow, meint, dass das Thema Wasser eine höhere Ebene erreicht habe. Er berichtet, dass die Potsdamer ein Abwasserwerk ertüchtigt hätten, um mit sogenanntem Grauwasser weiterarbeiten zu können. Das Abwasserwerk Stahnsdorf gehöre dem Land Berlin und ab 2030 solle die Planung für ein Neubau beginnen. Die Zeit müsse überbrückt werden und bis dahin sollten Lösungen gefunden werden, wie beispielsweise ein Teil des Abwassers in irgend einer halbgeklärten Variante in der Gegend zu halten. Damit könnten die Bäume bewässert werden. Damit könnten etliche Kubikmeter auf diesem Weg zurückgebracht werden. In Zukunft müsse mit vielen kleinen Maßnahmen gearbeitet werden.

Weitere Wortmeldungen sind nicht zu erkennen.

Die Sitzungsleiterin meint, dass das Thema im Auge behalten werde schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 2.4.7 Nachhaltige Bepflanzung - Bepflanzungskosten und nachfolgende Kosten für Pflege und Bewässerung

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf. Jede einzelne Gemeinde müsse schauen, womit sie den Bauhof beauftragen werden.

Frau Rietz, Stadt Teltow, berichtet, dass die Stadt Teltow bereits seit mehreren Jahren dabei sei, das Grün umzubauen auf Arten und Sorten, die hitzeresistenter seien. Ein Controlling im Regionalausschuss brauche es nicht.

Weitere Wortmeldungen sind nicht zu erkennen.

Die Sitzungsleiterin schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 2.4.8 Informationen der Gemeinden zum Thema S-Bahn

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Herr Rüter, Stadt Teltow, berichtet aus dem Teltower S-Bahn-Ausschuss. In der ersten regulären Sitzung nach der Konstituierung sei die DB-Netz AG eingeladen worden. Zwei Aufreger habe es in dem S-Bahn-Ausschuss gegeben. Es sei festgestellt worden, dass die Stadt Teltow einen hohen Grundwasserspiegel habe und teilweise davon Abstand genommen werde, in die Troglage zu gehen. Dadurch werde es größere Auseinandersetzungen mit Personen geben, die Probleme mit der S-Bahn-Verlängerung durch die Buschwiesen haben. Er bezieht sich auf das Eisenbahnkreuzungsgesetz und meint, dass neue Eisenbahnlinien nicht niveaugleich gebaut werden, heißt die klassischen Bahnschranken seien verboten. Ober- oder Unterführungen müssten geschaffen werden. Die DB-Netz AG habe die Idee gehabt, um Kosten zu sparen, die Iserstraße zu einer Sackgasse zu machen, dann müsse sie nicht aufgerissen werden. Beziehungsweise, die S-Bahn eine Etage dort tiefer zu legen, zumal die Biomalzspange ja auch noch gequert werden müsse. Dann habe es eine Idee über bestimmte winkelige Umfahrungen gegeben, also Iserstraße dann zu sperren, um auf Nullebene aus den Buschwiesen rauszukommen, dann weiter zu kommen und dann irgendwann, auf welchem Niveau auch immer, die Biomalzspange zu schneiden. Das sei alles in einem Nebensatz erwähnt worden. Eine große Menge an Bürgerinnen und Bürgern sei anwesend gewesen. Eine Gegenbewegung gegen den S-Bahn-Bau formiere sich massiv mit der Begründung des Landschaftsschutzes und des Naherholungsgebietes der Buschwiesen. Neulich sei der RBB Robur Bus angerufen worden. Der Journalist habe angenehm und ausgewogen berichtet. Die Stadt Teltow und die Gemeinde Stahnsdorf müsse rausfinden, was realisiert werden könne, beispielsweise Troglage. Die Kostenaufteilung der Wegeverbindungen in den Buschwiesen sei 30/30/30. Es sollte mit den Bürgerinnen und Bürgern geredet werden, um die Vor- und Nachteile abzuwägen. Es könne über Landschaftsschutz und Naturschutz gesprochen werden, aber vorhin sei über das Thema der nie endenden Blechlawinen durch TKS gesprochen worden und mit der S-Bahn würden einige Autos weniger durch die Straßen fahren.

Frau Rietz, Stadt Teltow, ergänzt, dass es im Frühherbst eine Sitzung mit den Beteiligten gegeben habe. Da sei der Stadt Teltow das erste Mal die Variante mit der Iserstraße und dem hohen Wasserstand genannt worden. Die DB-Netz-AG habe mitgeteilt, dass sie verpflichtet sei Varianten zu prüfen, auch hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit. Es sollte geschaut werden, ob die vorgestellte Variante eine allgemeine Zustimmung finden würde und ob weiter geplant werden solle. Frau Rietz habe damals zu Protokoll gegeben, dass sie das nicht wolle, aus Lärmschutzgründen und städtebaulicher Verschandelung. Danach sei von der DB-Netz-AG nichts mehr gekommen. Dann habe der S-Bahn-Ausschuss stattgefunden und der Öffentlichkeit sei die Variante vorgestellt worden. Es sei unterschwellig mitgebracht worden, dass, wenn die Iserstraßen-Variante nicht kommen werde, keine Wirtschaftlichkeit mehr vorliegen würde. Auch der Kreisstraßenbetrieb sei damals in der Sitzung anwesend gewesen und meinte, dass sie nichts dagegen hätten wenn die Iserstraße zerschnitten werde, denn dann spätestens werde sie zu einer Gemeindestraße herunter gestuft. Eine Sackgasse hätte grundsätzlich keine überörtliche Bedeutung.

Herr Rüter, Stadt Teltow, merkt an, dass es eine Diskussion zur Troglage durch die Buschwiesen gegeben habe. Es sei über eine Überdeckung der Tröge, beispielsweise mit Solarpanelen, gesprochen worden. Dies sei technisch wohl nicht möglich, da über etliche 1000 Volt Strom nicht sieben Meter darüber Strom mit Photovoltaik erzeugt werden könne. Das sei eine zentrale Aussage gewesen.

Herr Otto, Gemeinde Stahnsdorf, ist der Auffassung, dass es hier nicht um eine Nutzen-Kosten-Untersuchung gehe. Die Deutsche Bahn brauche den Standort Stahnsdorf mit den vier zusätzlichen Abstellgleisen, um den Zehn-Minuten-Takt zu ermöglichen.

Frau Lieb, Gemeinde Stahnsdorf, teilt kurz die Themen aus dem S-Bahn-Ausschuss der Gemeinde Stahnsdorf mit.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich Herr Otto, Frau Rietz, Herr Liebreuz und Herr Rüter.

TOP 2.5 Anfragen von Mitgliedern der GV und SVV an den Ausschuss für Regionale Angelegenheit

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Es liegt nicht vor.

TOP 2.6 Sonstiges

TOP 2.6.1 Bericht der Bürgermeister zum Stand Planung Verkehrsbehörde

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf.

Frau Uhlmann, Gemeinde Stahnsdorf, berichtet, dass bei einem Treffen der Bürgermeister die Thematik rechtlich beleuchtet wurde. Die Stadt Teltow hat zusätzliche Befugnisse im ruhenden und fließenden Verkehr, die Gemeinde Kleinmachnow hat zusätzliche Befugnisse im ruhenden Verkehr. Wenn die Gemeinde Stahnsdorf eigene Befugnisse auf eine gemeinsame Verkehrsbehörde übertragen möchte, muss sie zuvor einen Antrag auf Übertragung dieser Befugnisse beim Innenministerium stellen. Die Gemeinde Stahnsdorf muss sich überlegen, ob und was beantragt werden soll.

<20:55 Uhr – Herr Gallasch, Stadt Teltow, ist abwesend> - 5 stimmberechtigte Mitglieder sind anwesend.

Herr Grunwaldt, Gemeinde Stahnsdorf, meint, dass laut Gesetzeslage die Gemeinde Stahnsdorf nicht in der Lage sei, diesen Antrag zu stellen, da die Einwohnerzahl unter 20.000 liege. Es habe Überlegungen gegeben, gerade weil die Gemeinde Stahnsdorf es nicht könne und die Gemeinde Kleinmachnow es nur in Teilen habe, die 65.000 Einwohner als Maß aller Dinge in die Waagschale zu werfen. Das Gesetz gebe es vor und daher sei die Antragstellung umsonst.

Frau Uhlmann, Gemeinde Stahnsdorf, teilt mit, dass sie den Sachverhalt prüfen wird.

Herr Liebreuz, Gemeinde Kleinmachnow, erinnert an die Überlegung eines Zweckverbandes. Dieser würde den Gesamtverkehr der Region bevölkerungsmäßig repräsentieren. Daraus würde sich die rechtliche Möglichkeit ergeben, diesem Zweckverband insgesamt die Verkehrssteuerungsaufgaben zu übertragen.

Frau Rietz, Stadt Teltow, meint, dass die Bürgermeister nach der Beratung sich einig gewesen wären, dass ein Zweckverband nicht in Betracht kommen werde.

Frau Uhlmann, Gemeinde Stahnsdorf, sagt abschließend, dass geprüft werden sollte, ob die Gemeinde Stahnsdorf einen solchen Antrag stellen möchte und stellen wird.

Die Sitzungsleiterin nimmt das Thema auf die nächste Tagesordnung.

TOP 2.6.2 Bericht zum Thema Gemeindeschwester

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf und teilt mit, dass es dazu einen Bericht geben sollte.

Herr Steinacker, Gemeinde Kleinmachnow, schlägt vor, dass zu einer der nächsten Sitzungen ein Mitarbeiter des Pflgeteams eingeladen werde, um konkrete Fragen beantworten zu können.

Frau Schröder-Blohm, Gemeinde Stahnsdorf, teilt mit, dass Pflegelotsen nicht mit Gemeindeschwestern verglichen werden dürften und der Tagesordnungspunkt falsch benannt worden sei. Sie würde eine Gemeindeschwester für den Raum TKS befürworten.

Herr Liebreuz, Gemeinde Kleinmachnow, weist darauf hin, dass die Pflegelotsin keinerlei Leistungen anbiete, die über das Sozialgesetzbuch oder über die Krankenkassen abzurechnen seien. Es handele sich um eine reine freiwillige Leistung, adressiert als Dienstleistung an die Senioren, die die Kommunen für sich gefasst hätten.

Die Sitzungsleiterin nimmt den Vorschlag von Herrn Steinacker auf, dass die Pflegelotsin zur nächsten Sitzung des Regionalausschusses eingeladen werde.

TOP 2.6.3 Bestandsaufnahme gemeinsamer Projekte, Zuarbeit zur nächsten Sitzung

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf und bittet die Kommunen um Zuarbeit bei der Auflistung aller TKS-Projekte inklusive der Zahlen. Hier gehöre auch der Regionalkoordinator dazu.

Herr Suchardt, Stadt Teltow, merkt an, dass sich der Regionalkoordinator bereits in diesem Ausschuss vorgestellt habe und auch über seine Arbeit berichtet habe.

Die Sitzungsleiterin meint, dass es um eine Jahresbilanz gehen würde.

Frau Rietz, Stadt Teltow, teilt mit, dass der Regionalkoordinator von der Gemeinde Kleinmachnow und von der Stadt Teltow finanziert werde. Die Gemeinde Stahnsdorf beteilige sich finanziell nicht. Die Aufgabenverteilung laufe demnach über die Stadt Teltow und über die Gemeinde Kleinmachnow. Das werde auch dieser Ausschuss nicht ersetzen können. Sie bezieht sich auf die E-Mail vom Regionalkoordinator an die Vorsitzende und Sitzungsleiterin des Regionalausschusses. Nach der Geschäftsordnung der Stadt Teltow, habe der Vorsitzende des Ausschusses im Benehmen mit dem Bürgermeister die Tagesordnung zu erstellen. Zukünftig werde die Tagesordnung auch so wieder abgestimmt. Der Regionalausschuss habe dem Regionalkoordinator keine Aufträge zu erteilen.

Herr Grunwaldt, Gemeinde Stahnsdorf, berichtet, dass er eine Legislaturperiode lang der Vorsitzende des Stahnsdorfer Regionalausschusses gewesen sei. Dort sei es so gewesen, dass sich die drei Bürgermeister gemeinsam mit den drei Vorsitzenden im Vorfeld getroffen hätten, um die Tagesordnung zu besprechen.

Frau Rietz, Stadt Teltow, merkt an, dass die Bürgermeister nicht involviert seien. Es werde dem Hauptverwaltungsbeamten die fertige Tagesordnung zugeschickt.

Die Sitzungsleiterin teilt mit, dass sie es so nicht kennen würde. Seit Jahren würden sich die drei Vorsitzenden vorab treffen, um die Tagesordnung zu besprechen. Jahrelang habe es von keinem der Bürgermeister eine Beschwerde gegeben. Diese Thema werde mit aufgenommen.

Herr Liebreuz, Gemeinde Kleinmachnow, schlägt als Vorsitzender des Regionalausschusses der Gemeinde Kleinmachnow vor, dass die Abstimmungsrunde so bleiben werde, jedoch die sich daraus entwickelnde Tagesordnung nur ein Entwurf sein werde. Dieser Entwurf gehe dann an die Kommunen und diese bestätigen die Tagesordnung. Somit würden die Bürgermeister die Möglichkeit haben, sich mit Vorschlägen und Änderungen einzubringen.

Die Sitzungsleiterin schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 2.6.4 Termine 2024: 19.02.2024, 22.04.2024 und 13.05.2024

Die Sitzungsleiterin ruft den TOP auf und teilt mit, dass es bei den Sitzungsterminen 2024 noch einige Unstimmigkeiten gegeben habe. Der Termin am 19.02.2024 sei mit den drei Kommunen abgestimmt und bestätigt worden. Der Termin am 13.05.2024 sei ebenfalls mit den drei Kommunen abgestimmt und bestätigt worden. Lediglich der Termin am 22.04.2024 habe Fragen aufgeworfen.

Frau Rietz, Stadt Teltow, meint, dass der 13.05.2024 zu nah an den Kommunalwahlen sei. Dieser könne aus ihrer Sicht entfallen.

Der Kommunale Sitzungsdienst der Gemeinde Stahnsdorf berichtet, dass bereits vor längerer Zeit ein Austausch zwischen den drei Sitzungsdiensten stattgefunden hat. Es sind Termine aus der Gemeinde Stahnsdorf vorgeschlagen worden, da diese Gemeinde in den letzten fünf Jahren den Regionalausschuss betreut hat. Die beiden anderen Kommunen haben die Termine entweder bestätigt oder um neue Vorschläge gebeten. Geeignet wurde sich auf den 19.02.2024 und auf den 13.05.2024. Der Blick in den Sitzungskalender der Gemeinde Kleinmachnow für das Jahr 2024 hat ergeben, dass auch am 22.04.2024 ein Regionalausschusstermin gesetzt wurde.

Frau Richel, Gemeinde Kleinmachnow, teilt mit, dass die Termine immer um eine Woche falsch geplant worden seien, nämlich immer in der Kreiswoche. Nach dem Hinweis, sei der Terminplan umgestellt worden.

Die Sitzungsleiterin merkt an, dass somit der 22.04.2024 kein Termin für den Regionalausschuss sein werde, sondern nur die Termine 19.02.2024 und 13.05.2024.

Die Sitzungsleiterin schließt den Tagesordnungspunkt

TOP 3 Schließung der Sitzung

Die Sitzungsleiterin wünscht eine schöne Adventszeit und schließt um 21:20 Uhr die Sitzung.



Dr. Schmidt-Faber

Vorsitzende und Sitzungsleiterin des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten

Anlagen

Anlage 1: Wirtschaftsplan 2024 – Zweckverband Bauhof TKS

Verteiler

- Mitglieder des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten
- Bürgermeisterbüro Stadt Teltow
- Bürgermeisterbüro Gemeinde Kleinmachnow
- Bürgermeisterbüro Gemeinde Stahnsdorf